

Für eine jugend- und generationengerechte Sozialpolitik in Chemnitz

Positionspapier der Allianz für Substanz zum bundesweiten Aktionstag für den Sozialstaat am 26. September 2026

Sozialstaat findet vor Ort statt

Am 26. September 2026 ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund bundesweit zu Aktionen für einen starken Sozialstaat, sichere Arbeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt auf.

Die Allianz für Substanz unterstützt diesen Aufruf und richtet den Blick zugleich auf die kommunale Ebene. Denn Sozialstaatlichkeit zeigt sich im Alltag der Menschen: im Jugendclub, in der Schulsozialarbeit, in soziokulturellen Zentren, in der Familienberatung, in den Bürgerplattformen, in den Begegnungsstätten, im Sportverein und in den vielen weiteren Einrichtungen und Initiativen, die Begegnung, Bildung, Beteiligung und Unterstützung ermöglichen.

Auch in Chemnitz geraten diese Strukturen zunehmend unter Druck. Haushaltssperren, Kürzungen, unsichere Förderperspektiven und fehlende finanzielle Untersetzungen gefährden Angebote, Fachkräfte, Trägerstrukturen und ehrenamtliches Engagement.

Der Sozialstaat ist keine freiwillige Zusatzleistung. Er ist die Grundlage dafür, dass Menschen sicher aufwachsen, selbstbestimmt leben und demokratisch teilhaben können.

Jugendhilfe und Soziokultur sind Standortfaktor

Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie Kultur- und Soziokultur sind Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge und zentrale Voraussetzungen für gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit.

In Jugendclubs, Vereinen und soziokulturellen Einrichtungen entstehen Räume,

- in denen junge Menschen Unterstützung und Orientierung erhalten;
- in denen soziale Beziehungen und Vertrauen wachsen;
- in denen Bildung außerhalb formaler Institutionen stattfindet;
- in denen Konflikte ausgehandelt und demokratische Entscheidungen eingeübt werden;
- in denen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status zusammenkommen;
- in denen junge Menschen Selbstwirksamkeit erfahren und Verantwortung übernehmen.

Ein Jugendtreff oder Soziokulturelles Zentrum ist deshalb nicht nur ein Raum mit Personal- und Betriebskosten. Er ist ein sozialer Ort, an dem Beziehungen entstehen, Krisen frühzeitig erkannt, Beteiligung ermöglicht und Bildungswege unterstützt werden. Der Nutzen dieser Arbeit besteht häufig auch darin, dass spätere Problemlagen gar nicht erst eintreten oder weniger schwer verlaufen.

Starke Zivilgesellschaft braucht verlässliche Beteiligungsstrukturen

Eine jugend- und generationengerechte Sozialpolitik setzt eine handlungsfähige Zivilgesellschaft voraus. Neben den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und der Soziokultur sind es gerade zivilgesellschaftliche Beteiligungsformate, die Menschen befähigen, ihre Stadtteile aktiv mitzugestalten und Verantwortung für ihr unmittelbares Lebensumfeld zu übernehmen.

Die Chemnitzer Bürgerplattformen sind ein solches Format. In ihnen schließen sich Anwohnende, Vereine und Initiativen eines Stadtteils zusammen, um gemeinsam Ideen einzubringen, an Planungen mitzuwirken und eigenständig über lokale Fördermittel wie das

Bürgerbudget zu entscheiden. Sie arbeiten unabhängig von Parteien und Verwaltung und schaffen damit einen Raum, in dem Engagement unmittelbar vor Ort wirksam werden kann. Solche Beteiligungsformate sind kein Luxus, sondern ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Infrastruktur vor Ort. Sie ergänzen Stadtpolitik und professionelle soziale Arbeit um eine selbstorganisierte, stadtteilbezogene Dimension und tragen dazu bei, dass sich Menschen aller Generationen als handlungsfähig erleben. Gerade angesichts sinkenden Vertrauens in politische Institutionen und der in der Jugendstudie 2023 sichtbaren Abwanderungsbereitschaft junger Menschen ist es entscheidend, dass Beteiligung konkret, niedrigschwellig und wirksam erfahrbar bleibt.

Ein Abbau dieser Strukturen, etwa durch den Wegfall kommunaler Unterstützung, die Kürzung von Bürgerbudgets oder eine geringere Priorisierung in der Förderlandschaft, würde genau die Beteiligungsmöglichkeiten schwächen, die notwendig sind, um Bürgerinnen und Bürger als Mitgestaltende ihrer Stadt einzubeziehen. Zivilgesellschaftliche Beteiligung darf daher nicht als verzichtbare Ergänzung behandelt werden, sondern muss als eigenständig geschützt und dauerhaft abgesichert werden.

Kürzungen sind keine echte Einsparung

Soziale Leistungen werden häufig einseitig als Kostenfaktor betrachtet. Dadurch wird nur die erste Seite der Rechnung sichtbar. Nicht berücksichtigt werden häufig die Folgen, die entstehen, wenn präventive Angebote entfallen oder nicht bedarfsgerecht finanziert werden. Kürzungen können unter anderem zu folgenden Folgekosten beitragen:

- höheren Ausgaben für Hilfen, Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung;
- zusätzlichem Unterstützungsbedarf bei psychischen und gesundheitlichen Belastungen;
- schlechteren Bildungs- und Ausbildungschancen;
- längeren Phasen von Arbeitslosigkeit oder fehlender beruflicher Integration;
- einem Rückgang gesellschaftlicher Teilhabe und ehrenamtlichen Engagements;
- zunehmender Einsamkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung;
- sinkender Attraktivität der Stadt für Familien, Fachkräfte und Unternehmen.

Folgekosten müssen geprüft werden

Vor jeder Kürzung, Reduzierung oder nicht bedarfsgerechten Finanzierung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialarbeit, der soziokulturellen Infrastruktur und zivilgesellschaftlicher Beteiligungsstrukturen müssen die möglichen Folgekosten systematisch geprüft werden. Das betrifft sowohl die finanziellen Auswirkungen als auch die Folgen für Bildung, Gesundheit, Teilhabe, soziale Integration und demokratische Entwicklung.

Die Allianz für Substanz fordert deshalb, dass die Stadt Chemnitz ein verbindliches Folgekosten- und Folgenabschätzungsverfahren entwickelt.

Eine Entscheidung darf nicht als Einsparung bezeichnet werden, wenn sie Kosten lediglich zeitlich verschiebt oder auf andere staatliche Ebenen und auf die betroffenen Menschen verlagert. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss auch den Wert stabiler Beziehungen, gelingender Bildungsbiografien, psychischer Gesundheit, sozialer Integration und demokratischer Beteiligung berücksichtigen.

Wer bei Prävention kürzt, spart nicht. Er riskiert, später deutlich mehr Kosten für Reparatur und Krisenbewältigung ausgeben zu müssen.

Die Allianz für Substanz fordert die Stadt Chemnitz auf:

1. Den Jugendhilfeplan vollständig zu untersetzen

Der jugendhilfeplanerisch festgestellte Bedarf muss vollständig finanziert werden. Ein Jugendhilfeplan darf kein unverbindliches Wunschprogramm sein, sondern muss eine belastbare Grundlage für die Bereitstellung notwendiger Angebote bilden.

2. Keine pauschalen Kürzungen im sozialen Bereich vornehmen

Pauschale Kürzungen über alle Bereiche hinweg werden den unterschiedlichen Wirkungen, Bedarfen und Folgekosten nicht gerecht. Gerade präventive und niedrighschwellige Angebote müssen vor strukturell zerstörerischen Kürzungen geschützt werden. Deswegen fordert die Allianz für Substanz den Bereich des D5 Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport von weiteren Haushaltssperren auszunehmen.

3. Folgekosten vor Einsparentscheidungen zu prüfen

Für jede geplante Kürzung in der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialarbeit und der soziokulturellen Infrastruktur ist eine transparente Folgen- und Folgekostenabschätzung vorzulegen. Diese muss auch mittel- und langfristige sowie ressort- und ebenenübergreifende Folgen berücksichtigen.

4. Jugend- und Kulturarbeit als Standortfaktor anerkennen

Die Attraktivität einer Stadt bemisst sich nicht allein an Gewerbeflächen, Straßen oder Ansiedlungen. Auch soziale Sicherheit, Bildung, Kultur, Beteiligung und demokratische Offenheit entscheiden darüber, ob Menschen in Chemnitz leben, bleiben, studieren, arbeiten und Familien gründen wollen.

5. Zivilgesellschaftliche Beteiligungsformate erhalten und stärken

Beteiligungsformate wie Bürgerplattformen, in denen sich Anwohnende, Vereine und Initiativen unabhängig von Parteien und Verwaltung für ihre Stadtteile engagieren, an Planungen mitwirken und eigenständig über lokale Fördermittel wie das Bürgerbudget entscheiden, müssen verlässlich unterstützt werden. Ein Abbau dieser Strukturen, ist mit dem Ziel einer starken Zivilgesellschaft nicht vereinbar.

Wär schön mit euch – für eine solidarische, demokratische und generationengerechte Zukunft in Chemnitz.